

Gestohlene Bankdaten

Was sich die Schweiz nicht leisten will

Hansueli Schöchli · Parteipolitiker im Parlament haben es im Vergleich zu Bundesräten viel einfacher: Sie sind im wahrsten Sinn des Wortes «verantwortungslos» und können Probleme bewirtschaften, statt sie zu lösen. Beim Sprung in die Regierungsverantwortung merken Betroffene dann, dass das Leben etwas komplizierter ist, als man zuvor selbst noch zu verkünden beliebte.

Eine Illustration davon lieferte der Bundesrat am Freitag mit seiner Vorlage zur Lockerung der Steueramtshilfe. Demnach könnte die Schweiz künftig unter gewissen Umständen auch Informationen über Bankkunden ins Ausland liefern, wenn die entsprechende Anfrage des Partnerstaats auf gestohlenen Daten beruhte. Für die grossen bürgerlichen Parteien – besonders für die SVP – ist das Thema «gestohlene Bankdaten» weiterhin ein Aufreger, weshalb sie den Vorschlag in der Vernehmlassung klar abgelehnt hatten. Trotzdem hielt SVP-Finanzminister Ueli Maurer an der Vorlage seiner Vorgängerin fest, und dies anscheinend nicht, weil die Mehrheit des Kollegiums ihn dazu gezwungen hätte. Wäre er noch Parteipräsident, würde Maurer die Vorlage wahrscheinlich verdammen. Doch so verabschiedete der Bundesrat ein Gesetzesprojekt, das im Parlament nur bei einem Meinungsumschwung mehrheitsfähig ist.

Die Position des Bundesrats ist nachvollziehbar. Ohne Lockerung der Amtshilfe mag die Schweiz beim laufenden Länderexamen oder bei der Folgeausgabe 2018 durchfallen. Damit stünde das Land erneut in der Schmutzdecke und wäre Sanktionen ausgesetzt. Man muss die Globalstandards sowie die Prozesse zu deren Entstehung und Interpretation nicht ausnahmslos mögen. Und das Durchfallen bei einem Examen muss noch keine Katastrophe sein. Doch die letzten Jahre haben es deutlich gemacht: Die Schweiz als kleines, offenes, reiches und ultrademokratisches Land will sich das Ignorieren von Globalstandards auf Dauer nicht leisten.

Reflexe

Kommentare
zum Wirtschaftsgeschehen

Rezept für demografischen Wandel

50- bis 60-jährige Mitarbeiter sind cool

Dominik Feldges · In der Schweiz wird viel über die angeblich schädlichen Auswirkungen der Einwanderung diskutiert. Ein aller Wahrscheinlichkeit nach deutlich schwerwiegenderes Problem, der demografische Wandel, wird gerne unter den Teppich gekehrt. Im letztjährigen Wahlkampf für den National- und den Ständerat war dieser so gut wie kein Thema. Doch das zunehmende Missverhältnis zwischen Personen, die in Rente gehen, und solchen, die neu in das Erwerbsleben eintreten, lässt sich nicht ignorieren. In den nächsten zwanzig Jahren werden, rechnet der Schweizerische Arbeitgeberverband vor, rund 1 Mio. Werkstätige pensioniert, während nur 500 000, selbst unter Annahme einer jährlichen Nettozuwanderung von 50 000 Personen, nachrücken.

Unternehmer fragen sich deshalb besser schon heute, wie sie ihren Personalbedarf in einem zunehmend knappen Markt decken wollen. Ein erfolgreiches Industrieunternehmen mit Sitz im Raum Zürich hat zurzeit allein in der Schweiz nicht weniger als 150 Stellen offen. Der Chef versucht, dies mit unkonventionellen Massnahmen anzugehen. Wie er am Rande des Swiss Economic Forum in Interlaken verriet, werden bei dieser Familienfirma auch Ingenieure und andere Fachkräfte eingestellt, die anderswo längst zum alten Eisen gezählt werden. Die 50- bis rund 60-Jährigen müssen sich jedoch damit abfinden, dass sie statt 130 000 oder 140 000 Fr. Jahreslohn wie an ihrem vorherigen Arbeitsort nur noch gegen 100 000 Fr. verdienen.

Dies sei für die Betroffenen, die altersbedingt sonst kaum noch Arbeit fänden, durchaus verkraftbar, meint der Firmenchef. Sie hätten schliesslich nicht mehr dieselben finanziellen Verpflichtungen wie jüngere Familienväter. Schade bloss, dass dieses Industrieunternehmen mit seinem nachahmenswerten Ansatz noch nicht an die Öffentlichkeit getreten ist. Alte einzustellen, werde doch als uncool empfunden, sagt der Geschäftsführer. Wirklich?

Internationale Arbeitsorganisation Verfangen in alten Denkmustern

Jean-Pierre Kapp, Genf · Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) kann sich gut mit sich selbst beschäftigen, bekundet aber grosse Mühe mit den durch Globalisierung und Digitalisierung der Wirtschaft verursachten Herausforderungen. Das zeigt sich exemplarisch daran, dass die Vorbereitungsarbeiten für das im Jahr 2019 stattfindende 100-Jahre-Jubiläum als eines der zentralen Traktanden auf der Agenda der 105. Arbeitskonferenz figurierten, die am Freitag in Genf zu Ende ging.

Auf aktuelle Entwicklungen reagiert die Organisation oft nur mit Verzögerung und auch dann meist mit erschreckender Ineffizienz. Dies zeigt sich unter anderem bei den Gesprächen um die Rolle von multinationalen Unternehmen im Zusammenhang mit den globalen Wertschöpfungsketten. Die Gewerkschaften forderten eine Konvention, welche Unternehmen verpflichtet, sich für die Durchsetzung von Arbeitsrechten und Sozialstandards in Drittstaaten einzusetzen. Die Arbeitgeber lehnen diese ab und betonen, für die Respektierung dieser Rechte müssten die betreffenden Staaten sorgen. Falls sich die Gewerkschaften mit ihrem Anliegen durchsetzen sollten, dürfte dies dazu führen, dass eine weitere ILO-Konvention verabschiedet wird, die später nur von wenigen Staaten ratifiziert und umgesetzt werden wird. Chancen auf eine breite Akzeptanz hätte allenfalls ein Ansatz, der auf Freiwilligkeit beruhte, ähnlich den von John Ruggie im Auftrag der Uno ausgearbeiteten Prinzipien zur Respektierung von Menschenrechten im Bereich der Wirtschaft.

Die Organisation hat in den vergangenen Jahren durch eine Schwächung des Multilateralismus an Bedeutung verloren. Ihre Diskussionen sind oft durch überholte «Links-rechts»- und «Dritte-Welt-Erste-Welt»-Denkschemata geprägt. Trotz aller Unzulänglichkeiten wird die Existenzberechtigung der ILO von keiner Seite infrage gestellt. Die Zeit dafür ist reif.



Export Credit arranged by Gazprombank (Switzerland) for the purchase of 62 Stadler double decker rail-cars by Aeroexpress LLC, the Russian operator of airport rail routes licensed by the City and Region of Moscow.

Insurance Policy provided by Schweizerische Exportrisikoversicherung (SERV).
The first ever export credit covered by any Export Credit Agency on a Project Finance basis in Russian Roubles.

15-year, 11 billion Russian Ruble Export Credit
(approx. CHF 166 million at end of April 2016)

Lender and Agent with the funding support of Gazprombank.



STADLER

